

Geschäftsführung

**An die stimmberechtigten
Teilnehmer*innen der Vollversammlung**

Burgstr. 4
80331 München
Telefon 233-21075
Telefax: 233-21266
Geschäftsstellenleitung
behindertenbeirat.soz@muenchen.de

Datum: 27.01.2026

Protokoll der 18. Vollversammlung des Behindertenbeirates der Landeshauptstadt München am 21.11.2025

TOP 1: Begrüßung durch den Vorstand

Die Vorsitzende des Behindertenbeirats, Frau Rackwitz, eröffnet die Vollversammlung.

Sie begrüßt zunächst die anwesenden Stadträt*innen, die Sprecherinnen des Bündnisses Gemeinsam gegen Rechts und Frau Bürgermeisterin Dietl. Die Namen der Personen werden von Frau von Pappenheim in deutscher Gebärdensprache dargestellt.

Frau Rackwitz Rede wird als wörtlicher Textbeitrag dem Protokoll hinzugefügt:

„Ach, es tut gut, in so viele bekannte – und auch einige neue – Gesichter zu blicken. Und ja, ich weiß: Manche von uns hätten jetzt vielleicht lieber zu Hause auf der Couch gelegen – aber das wäre schade gewesen. Ich hätte Ihnen heute etwas Wichtiges nicht weitergeben können. Ich war dieses Jahr sehr oft von verschiedenen Organisationen, auch außerhalb von München, eingeladen, um über den Behindertenbeirat zu berichten. In der vorletzten Woche gleich zweimal, bei der LMU und bei den städtischen Beiräten der Stadt Starnberg. Und überall hörte ich größtes Lob und Hochachtung für die Arbeit und den Einsatz des Behindertenbeirats. Dieses Lob möchte ich allen Aktiven im Beirat hier und heute von Herzen weiterleiten

So ein Lob tut gut. Aber mal ehrlich! Irgendwie ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und ganz allgemein die Lage von Menschen mit Behinderungen nicht gerade der heiße Scheiß, wie es die EU-Abgeordnete Langensiepen vor kurzem formulierte. Das frustriert mich enorm.

In diesem Jahr habe ich in fachlichen Austausch-Gesprächen mit der Politik zu oft den Spruch „Leben und leben lassen“ gehört. Das sei Münchner Lebensgefühl. Vor allem die Kolleg*innen aus den FAKs Tourismus und Mobilität wissen, welche Themen das betrifft. Grundsätzlich stimme ich diesem Lebensgefühl zu, denn es gehört zu einer toleranten Stadtgesellschaft. Wenn „Leben und leben lassen“ aber bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen zugunsten

der Mehrheitsgesellschaft nicht tun und lassen können, was sie wollen oder ihre Rechte Stück für Stück zurückgefahren werden, dann habe ich mit dem Spruch ein Problem.

Ich habe in den letzten Monaten auch zu oft von Außenstehenden gehört, dass wir sichtbar werden müssen, dass wir streitbarer und lauter werden sollen. Ja, wer etwas verändern will, darf ruhig laut werden. Ich werde definitiv bei einer nächsten Demo wieder laut werden.

Aber ich habe in den vergangenen Wochen auch genauso oft im Beirat gehört:

- wie müde man ist, immer das Gleiche zu fordern.
- Dass es unbegreiflich ist, dass wir laut werden sollen für die Einhaltung von rechtlichen Grundlagen und für etwas Selbstverständliches, einem Menschenrecht, der UN-Behindertenrechtskonvention.
- Dass es oft unerträglich ist, dass wir in Debatten und Äußerungen von Bundes- und Landesregierung als Bevölkerungsteil hingestellt werden, der zu teuer ist und immer nur mehr fordert.

Und wissen Sie, ich kann diese Stimmen verstehen.

- Wenn Eltern verzweifeln, weil sie keinen Schulplatz für ihr Kind finden.
- Wenn Menschen oft tagelang in ihrer Wohnung gefangen sind, weil z. B. ein Aufzug nicht zügig repariert wird.
- Wenn Menschen mit Behinderungen ihren Tätigkeiten nicht nachgehen können, weil der Pflegedienst nicht kommt.
- Wenn Menschen mit Lernschwierigkeiten unablässig eine Reform des Lohns und der Struktur in der WfbM fordern und niemand so richtig zuhört.

Aber dann denke ich, aufgeben ist keine Option für mich. Vor allem dann, wenn ich in Facharbeitskreisen mit Euch sitze oder in die Augen meiner Kinder schaue und daran denke, was sie und Euch politisch und gesellschaftlich in der Zukunft eventuell erwartet.

Wir müssen uns weiter einsetzen für Barrierefreiheit, Teilhabe, Sichtbarkeit – und dafür, dass die Gesellschaft nicht nur über uns spricht, sondern mit uns. Das ist oft mühsam. Es kostet Zeit, Nerven und auch Geduld. Aber: Wenn wir zurückblicken, sehen wir, dass sich Dinge bewegen – manchmal langsam, manchmal in kleinen Schritten, aber sie bewegen sich.

Und das liegt an uns: An unserem Durchhaltevermögen, unserer Hartnäckigkeit und auch an unserer Fähigkeit, immer wieder aufzustehen, wenn andere längst aufgegeben hätten.

Wir wissen: Inklusion ist kein Zustand, den man einmal erreicht und dann abhakt. Es ist ein zäher und anstrengender Prozess. Und genau deswegen brauchen wir jetzt Zusammenhalt, damit uns niemand verloren geht und wir noch mehr Aktivistinnen und Aktivisten im Beirat werden. Nur gemeinsam sind wir laut genug, sichtbar genug und stark genug, um gesehen zu werden.

Ihr / Sie alle hier sind der Beweis: Engagement kann bewegen – auch dann, wenn der Weg steinig ist. Und auch wenn unser Engagement ehrenamtlich ist, die Wirkung unserer Anstrengungen für Menschen mit Behinderungen ist unbezahlbar.

Auch wenn die Themen, die wir für heute ausgewählt haben, sehr ernst sind. Lassen Sie uns heute mit Leidenschaft diskutieren und mit einem Lächeln gestalten.

Danke, dass Ihr da seid – und danke, dass Ihr an der Umsetzung der UN-BRK dranbleibt.“

Die Tagesordnung wird vorgestellt und bleibt unverändert.

TOP 2: Grußwort der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin Verena Dietl erhält das Wort:

Sie freue sich, alle anlässlich der 18. Vollversammlung im Rathaus begrüßen zu dürfen. So stelle sie sich das Miteinander vor – dass der Beirat selbstverständlich hier tage. Auch für sie als die Bürgermeisterin sei es daher eine Selbstverständlichkeit, hier dabei zu sein.

Frau Rackwitz Worte sollten uns betrübt machen, denn es mache Sorgen, dass es diese Rückschritte gebe. Im Rathaus werde das sorgenvoll betrachtet und die Vertreter*innen des Rathauses möchten zeigen, dass man zusammenstehe und mit den Forderungen nicht alleine sei.

Das Thema Inklusion solle selbstverständlich sein, nichts wofür man immer wieder kämpfen müsse.

Auch sie könne die Müdigkeit verstehen, wenn man immer wieder laut sein müsse. Das sei nicht nur eine Aufgabe des Behindertenbeirats oder der Politik, sondern es müsse gemeinsam mit der Zivilgesellschaft dafür gesorgt werden, dass Inklusion selbstverständlich ist. Barrieren müssten beseitigt werden, und das würde sie sich in der Gesellschaft wünschen.

Und weil trotz der Müdigkeit gekämpft werde und man sich um die Menschen kümmere, die an den Beirat herantreten, bittet sie darum weiterzukämpfen.

Es brauche eine politische Haltung, um weiterzukämpfen zu können. Dieses Versprechen gelte von Seiten der Politik. Man merke, dass die Stadt, wenn sie kein Geld habe, nicht wisse, wie sie mit dieser Selbstverständlichkeit umgehen solle. Man wolle Gehör schaffen. Das tue Frau Daniela Maier als Behindertenbeauftragte. Sie fordere ein, was gebraucht und an die Mitglieder herangetragen werde.

Frau Bürgermeisterin Dietl dankt Frau Maier für ihre Unterstützung des Vorstands und ihren Einsatz. Sie habe sich sehr schnell eingearbeitet. Daher gehöre ihr immer ein offenes Ohr im Rathaus.

Wenn man bedenke, dass es den Behindertenbeirat seit über 50 Jahren gebe, müsse man auch zurückblicken, was geschafft worden sei und den Kämpfer*innen der Bewegung zu verdanken sei.

Frau Rackwitz und Frau von Pappenheim führten den Vorstand seit 10 Jahren an. Sie gäben Mut und Kraft. Sie machten durch ihre Haltung auch anderen Mut.

Frau Bürgermeisterin Dietl würdigt den Einsatz aus dem Ehrenamt und die wertvollen Impulse, die durch den Beirat immer wieder gesetzt würden. In der Steuerungsgruppe mit dem Koordinierungsbüro habe man über die Aktionspläne versucht, diese Impulse umzusetzen.

Sie drückt ihren tiefsten Respekt für diese Arbeit aus.

Sie wolle die Mitglieder des Beirats und den Vorstand ermutigen, weiter laut zu sein und biete ihre Unterstützung an, wenn es doch einmal nicht mehr gehen sollte.

München sei inklusiver geworden. Durch die beiden Aktionspläne sei mit Maßnahmen dafür gesorgt worden. Man habe dafür geworben, dass Inklusion finanziell unterstützt werde. Mittlerweile sei der 2. Aktionsplan fast fertig umgesetzt. Ein Beispiel sei der Umbau der Badeseen. Diesen Sommer konnte der erste barrierefreie Steg eröffnet werden.

Barrieren gebe es aber vor allem in den Köpfen. Inklusion müsse eine Selbstverständlichkeit sein, genau wie die Vielfalt. Das müsse im Alltag gelebt werden. Inklusion bedeute ein faires Miteinander, ein Handeln auf Augenhöhe und keine Bevormundung. Das sei ein Menschenrecht. Dass dies gelinge, sei eine gemeinsame Aufgabe. Sie dankt allen, die sich in München immer wieder auf den Weg machten. Es brauche bei der Verwaltung oft Überzeugungsarbeit, auch bei den Verbänden. Inklusion sei kein Zustand, sondern ein Prozess, der irgendwann zur Selbstverständlichkeit werden solle.

Auch bei der Haushaltslage müsse Inklusion sich wiederfinden. Wer Vielfalt sichtbar mache, stärke die Demokratie. Sie freue sich über die Initiativen, die dazu aus dem Beirat kommen. Ein eigener Disability Pride Month im Juli 2026 solle das Thema in München sichtbar machen.

Natürlich sei das nicht alles, aber es sei ein großer Beitrag. Sichtbarkeit sei ein gesetzter Schwerpunkt.

Im Januar entscheide der Stadtrat darüber, doch es stehe fest, dass man finanziell unterstützen werde. Es solle ein Monat des Stolzes, der Aufklärung und des Miteinanders sein.

Sie wünscht eine erfolgreiche Sitzung. Die Stadträt*innen, die heute hier seien, sähen das Anliegen als sehr wichtig an und stünden als Unterstützer*innen zur Verfügung. Noch einmal dankt sie für das Engagement.

TOP 3: Vorstellung des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“

Die Behindertenbeauftragte Daniela Maier erhält das Wort. Frau Maiers Rede wird als wörtlicher Textbeitrag dem Protokoll hinzugefügt:

„Vielen Dank. Herzlich Willkommen auch von mir. Wir als Vorstand des Beirats haben uns in den letzten Monaten viele Gedanken gemacht über die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in unserem Land. Denn wir alle merken, dass die Situation für Menschen mit Behinderungen schwieriger geworden ist.

Unsere Demokratie steht unter Druck und es gibt immer weniger Toleranz gegenüber Minderheiten. Wenn heute wieder Stimmen laut werden, die den Wert eines Menschen an seiner Leistungsfähigkeit messen, dann müssen wir wachsam sein. Wenn öffentliche Debatten Menschen kategorisieren und ausschließen, dann dürfen wir nicht schweigen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir Menschen mit Behinderungen unsere Stimme erheben.

Wir müssen bei Entscheidungen mitreden. Wir dürfen nicht übersehen oder ignoriert werden.

Aber alleine ist das schwer. Gemeinsam sind wir stärker.

Darum brauchen wir Verbündete. Daher freue ich mich sehr, dass das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ heute bei uns ist.“

Sie begrüßt Frau Monika Wagner und Frau Cordula Birngruber.

Die beiden Frauen stellen sich vor. Sie seien als Privatpersonen beim Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ engagiert.

Heute seien sie hier, um das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ für München vorzustellen. Sie wünschen sich auch Impulse, um sie in die Bündnisarbeit mitzunehmen, damit sie im Bündnis inklusiver werden.

Das Bündnis gebe es seit Januar 2024, nachdem das rechtsextreme Geheimgeschehen in Potsdam aufgedeckt wurde. Seither habe es verschiedene Aktionen und Demonstrationen gegen Rechts gegeben, zuletzt am 02.03.2025 mit einem Redebeitrag von Frau Daniela Maier.

Das Demonstrieren sei nicht sehr kommunikativ. Man wolle in den Austausch mit vielen Menschen gehen. Daher habe man sich ein neues Format ausgedacht: „Cornern gegen rechts“. Es wurde diesen Sommer schon viermal durchgeführt. Es gebe Materialien, ein Thema und hoffentlich Personen, die zufällig oder absichtlich vorbeikommen und darüber reden, was getan werden könne, um die Demokratie zu stärken.

Bei Demonstrationen von Rechts organisiere man Gegen-Demonstrationen. Viele Menschen scheuten sich davor, sich aktiv und direkt gegen Demonstrationen von Rechts zu stellen. Daher wurden Demo-Buddies eingeführt. Auf dem Signal-Kanal könne man sich anmelden und gemeinsam hingehen und aufeinander aufpassen.

Es wird erklärt, was „gegen Rechts“ heißt: Rechte Politik bedrohe emanzipatorische Kämpfe für Gleichberechtigung in vielen Bereichen. Das betreffe uns alle. Es gehe gegen finanziell

schlechter gestellte Menschen, gegen Frauen, gegen Queere, alte Menschen, unterschiedliche Religionen, aber auch gegen junge, schwarze oder behinderte Menschen. Oft trafen mehrere dieser Dinge auf eine Person zu. Rechte Politik sei ihrer Ansicht nach ein Problem für Menschen mit Behinderungen. Sie stehe für den Erhalt von Machtverhältnissen und wolle die Selbstermächtigung marginalisierter Gruppen verhindern. Gerade Menschen mit Behinderungen werde abgesprochen, sich für ihre eigenen Anliegen einzusetzen. Die UN-BRK und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes werde massiv untergraben. Das sehe man z.B. an den neuen Heimrichtlinien.

„Gemeinsam gegen Rechts“ sei nicht nur gegen Rechtsradikalität, sondern gegen die komplette Diskursverschiebung in der Politik nach rechts. Aus Solidarität mit Betroffenen sei es notwendig, gegen Rechts als Ganzes aufzutreten. Ein Minimalkonsens sei formuliert worden. Er liegt dem Plenum vor. Es wurde auch versucht, ihn in einfache Sprache zu übersetzen.

Die Ziele seien: Als Bündnis eine breite Bewegung gegen Rechts aufzubauen, andere Bündnisgruppen zu vernetzen und Menschen zu befähigen, sich selbst gegen die eigene Marginalisierung zu wehren. Langfristige Strukturen sollen aufgebaut werden, aber es gibt auch kurzfristige Aktionen wie das „Cornern“.

Die eigenen Strukturen hätten sich geändert. Man gehe eher von großen Aktionen weg. Es gebe ein Kernteam und ein Strukturteam. Das Kernteam repräsentiere, das Strukturteam führe die Plena durch. Zu den Strukturen gehören auch AGs: eine für Öffentlichkeitsarbeit, die die Social-Media-Kanäle betreue, und eine AG Vernetzung, die nach Bündnispartner*innen sucht. Es gebe immer wieder neue Themen, wenn Aktionen oder Demonstrationen organisiert würden.

Es werde über einen Newsletter, hauptsächlich aber über Instagram kommuniziert. Außerdem gebe es die Website. Am schnellsten erfolge der Austausch über die Gruppen beim Messengerdienst Signal. Die Sprecherinnen des Bündnisses freuen sich über weitere Personen, die interessiert seien, an den Treffen und Aktionen teilzunehmen.

Die Kanäle werden als QR-Code eingeblendet. Auf der Website könne man sich auch in den E-Mailverteiler aufnehmen lassen. Es gebe auch eine Gruppe, in der jeder etwas posten könne, wie Unterschriftenlisten oder Aufrufe zu anderen Aktionen.

Aus der Runde:

Es wird nachgefragt, wie man die Begriffe interne Demokratie bzw. Demokratisierung verstehen könne.

- Es gehe darum, in den eigenen Plena auf Demokratie zu achten. Es werde nicht abgestimmt, sondern nach Widerständen abgefragt. So könnten alle sagen, warum sie bei etwas nicht mitgehen könnten, und Vorschläge könnten so angepasst werden, damit ein breiterer Konsens gefunden werde. Der Respekt voreinander sei ebenfalls sehr wichtig.

Es wird eingewendet, dass man sich mit diesem Konzept zu sehr verzetteln könne.

- Bislang seien die Erfahrungen mit dem Konzept gut. Allerdings seien es bislang auch erst 15 bis 20 Personen, die regelmäßig kämen, also noch keine sehr große Gruppe.

Herr Müller betont, dass man mit mehr Leuten mehr schaffen könne. Er möchten den Menschen in Werkstätten Mut machen, sich zu engagieren.

Es wird nach dem Grund für die Wahl des Logos gefragt.

- Es solle Netzwerk symbolisieren und ein wenig das Dach des Olympiastadions abbilden. Es habe auch eine Variante gegeben, bei der der rote Pfeil sich bewege. Es sei ein Münchner Bündnis, und so sollten Netzwerk und Münchnerisches mit eingebracht werden. Auch die Berge seien eingebracht worden.

Frau von Pappenheim bedankt sich für die Vorstellung des Bündnisses, muss aber darauf hinweisen, dass die Homepage des Bündnisses aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet werden könnte.

Herr Hausmanninger erklärt, er sei davon ausgegangen, dass man auf die Parteipunkte und Ziele einer bestimmten Partei, die bislang noch nicht genannt wurde, eingehen würde. Daraus hätte sich ergeben, warum diese problematisch für Menschen mit Behinderungen seien.

- Das Bündnis sei explizit nicht parteigebunden. Auch in den demokratischen Parteien kritisiere man die Diskussionsverschiebungen. Es solle eine möglichst breite Basis gefunden werden. Menschen mit und ohne Behinderungen sollten gemeinsam Demokratie leben können und alle sollten gehört werden. Es gehe nicht um Parteipolitik, sondern darum, Demokratie zu stärken und Vielfalt sichtbar zu machen. Vielfalt sei ein Vorteil.

Es solle deutlich gemacht werden, dass fast jede*r an irgendeiner Stelle von Diskriminierung betroffen sei, wenn bestimmte Marker ausschlaggebend seien. Das Bündnis könne aber eine Plattform sein, um darüber zu reden und sich zu informieren, wenn solche Fragen bestünden.

Frau Maier erklärt: Man habe sich im Vorstand im Vorfeld mit dem Bündnis abgestimmt. Man habe keine einzelnen Parteien herausgegriffen, um nicht gegen die politische Neutralität zu verstoßen. Es gehe darum, sich auch mit Blick auf die Kommunalwahl dafür zu sensibilisieren, wer für und wer gegen die Interessen des Beirats und damit der Menschen mit Behinderungen stehe.

Aus der Runde wird angemerkt, dass das Bündnis sich nicht nur gegen Rechtsradikalismus, sondern insgesamt gegen Rechts und Machtverhältnisse stelle. Die Machtverhältnisse in München seien gut. Die Pauschalisierung, dass Rechts dafür steht, wie es derzeit ist, und damit automatisch schlecht ist, sei nicht gut.

- Man sei nicht nur durch die Stadtpolitik, sondern durch die Politik in ganz Deutschland beeinflusst. Der Rechtsruck hier stehe außer Frage, ebenso wie die Rückschritte oder Stagnation bei der Inklusion. Grundlagen der Demokratie müssten verteidigt werden, was vor einigen Jahren nicht nötig gewesen sei.

Herr Stadtrat Hefter ergreift das Wort: Er kritisiert die Unterstellung, dass die SPD und die CSU in der Bundesregierung gegen Inklusion seien. Es tue ihm auch weh, Völkisches zu verharmlosen, indem man alles was als rechte Politik sei mit rechtsextrem gleichsetze. Es seien keine Parteien genannt worden, sondern Dinge, die rechts von der politischen Mitte eingruppiert werden könnten. Die Inhalte seien zu hinterfragen. Als jemand, dessen Logo durch die Beteiligung der Organisation Künstler mit Herz dabei sei, empfindet er diese Fragestellung als nötig.

Frau Stadträtin Langmeier bringt ihre Irritation darüber zum Ausdruck, dass der Vorstand des Behindertenbeirats davon abgesehen habe, die Behindertenfeindlichkeit der ungenannten Partei zu thematisieren. Dies sei problematisch und schade, denn der Stadtrat habe sich hierzu klar positioniert. Auch sei die Ampelregierung vom Bündnis scharf angegangen worden.

- Das sei das „Bündnis gegen Rechts 1.0“ gewesen. Das Bündnis sei nicht unfehlbar. Man habe sich hier neu strukturiert.

Frau Stadträtin Gaßmann merkt an, dass sie nach Auffassung des Bündnisses rechts wäre. Sie engagiere sich sehr für Inklusion und Barrierenabbau. Sie fühle sich hier an die Wand gestellt. Daher werde sie die Vollversammlung des Behindertenbeirats jetzt verlassen. Sie verstehe, dass man gegen die Partei, die nicht genannt wird, kämpfen werde, doch vom Bündnis werde auch sie abgedrängt. Die Arbeit des Behindertenbeirats und der Behindertenbeauftragten schätze sie hoch, aber die Plattform, die dem Bündnis Gemeinsam gegen Rechts hier gegeben werde, sehe sie kritisch. Sie sei froh, dass es eine Demokratie gebe, aber diese basiere eben auch auf den bestehenden Machtverhältnissen.

- Das Bündnis brauche den Input aus dem Behindertenbeirat, um inklusiver zu werden. Und es gehe darum, durch den Beirat geplante Aktionen und Demonstrationen über mehr Kanäle zu teilen.

Frau Maier ergreift das Wort. Nach der emotionalen Debatte wolle sie einen Schritt zurückgehen. Es sollte darum gehen, dass sich das Bündnis vorstellt. Man wolle nicht darauf abzielen, zu beeinflussen, wie sich jemand politisch betätige. Die Situation, in der sich die Gesellschaft gerade befinde, sollte bewusst gemacht werden.

Dass einzelne Leute sich angegriffen fühlten, sei leider unausweichlich. Frau Maier würde sich wünschen, dass Menschen mit Behinderungen ausreichende Unterstützung erhalten, die sie zu einer Mitarbeit in diesem oder einem anderen Bündnis bräuchten.

- Die Demo-Buddies könnten hier hilfreich sein. Man müsste herausfinden, was Betroffene aus dem Beirat hier bräuchten. Außerdem wolle man herausfinden, was es für Veranstaltungen wie das "Cornern" brauche. Hier sei auch die mangelnde physische Barrierefreiheit im öffentlichen Raum relevant.

Frau Steinberg möchte anmerken, dass sie die Aussagen anders als Frau Gaßmann verstanden habe. Vielleicht wäre Bündnis für Demokratie eine bessere Namenswahl, um solche Irritationen zu vermeiden.

Herr Müller bedauert, dass überall Barrieren seien. Es bräuchte eine Stelle, die hier unterstütze.

Herr Kurzmann bedauert, dass der Vortrag für Menschen mit Lernschwierigkeiten schwer zu verstehen gewesen sei. Er mache sich Sorgen darüber, was in den nächsten Jahren auf Menschen mit Behinderungen zukomme.

- An der Verständlichkeit werde das Bündnis arbeiten. Die LUISE, wo die Treffen des Bündnisses stattfänden, sei barrierefrei zugänglich. Das Gebäude sei rollstuhlgerecht. Sehbehinderung dürfe kein Problem sein. Eine Gebärdensprachdolmetschung gebe es nicht.

Herr Bialas erklärt, er könne mit dem Begriff bestehende Machtverhältnisse etwas anfangen, wenn man sie als Norm betrachtet. Die Norm dürfe sich nicht nur nach heterosexuellen, weißen Männern ausrichten. Es müsste auch normal sein, eine seelische Behinderung haben zu dürfen.

- Die Rednerinnen geben zu, dass sie als zwei weiße Frauen ebenfalls keine gute Repräsentation darstellten.

Herr Müller lobt die harte Arbeit. Und zwar von allen, die sich einsetzen.

Herr Sitki meldet sich zu Wort und betont, wie schwierig die Situation besonders für Menschen wie ihn seien. Menschen, die mehrere Diskriminierungsmerkmale (z.B. Migrationsgeschichte und Behinderung) aufweisen. Die derzeitigen politischen Diskussionen machen ihm große Sorgen.

Frau Rackwitz dankt für die Bereitschaft, sich der kontroversen und teils emotionalen Diskussion zu stellen. Der Beirat wollte, dass man sich vor den Kommunalwahlen bestmöglichst informieren kann. Sie betont, wie es schon Frau Maier sagte, dass der Beirat dem Bündnis selbst nicht beitreten werde. Man werde mit allen Fraktionen, außer der AFD, gerne weiterhin so gut zusammenarbeiten. Der Diskurs musste aber angeregt werden, damit Parteiprogramme geprüft werden.

Gemeinsam mit Frau von Pappenheim bringt sie ihre Wertschätzung für Frau Gaßmann zum Ausdruck. Sie habe viel für den Beirat und ganz besonders für ihren gemeinsamen Stadtbezirk getan. Ihre emotionale Reaktion als Stadträtin der CSU sei für Frau von Pappenheim und Frau Rackwitz jedoch nichts im Vergleich zu den Ängsten und Nöten von Menschen mit Behinderungen, sollte die AFD in München mehr Stimmen bekommen. Der Behindertenbeirat sieht sich in der Verantwortung, dass die Ängste und Nöten von Menschen mit Behinderung ernst genommen werden müssen.

Frau Maier bekräftigt, dass Einzelpersonen einen Beitritt zum Bündnis für sich selbst entscheiden könnten. Jeder solle sich auf Basis der verfügbaren Informationen informieren und die für sich beste Entscheidung treffen.

TOP 4: Aufnahmeanträge

Herr Hausmanninger erhält das Wort:

Als Vorstand sei es immer wieder schön, wenn man einmal im Jahr das komplette Gremium empfangen dürfe. Die Arbeit aller zeige, wie wichtig es sei, dass die Vielfalt zum Tragen komme. Dabei seien Alter, Gesundheit oder Fähigkeiten unwichtig. Der Vorstand wolle für den unermüdlichen Einsatz für die Barrierefreiheit in München danken.

Herr Hausmanninger verliest zunächst die Formalia:

Es gab 332 geladene Mitglieder, davon 202 Stimmberechtigte. Anwesend davon sind 72. Über 36 % der stimmberechtigten Mitglieder sind anwesend. Damit ist man beschlussfähig.

Bis Oktober 2025 konnten Vereine, Verbände und Gruppen ihren Antrag auf Aufnahme in den Behindertenbeirat bei der Geschäftsstelle einreichen. Maßgeblich ist die Erfüllung der Aufnahmekriterien, die in der Geschäftsordnung festgelegt sind. Die Aufnahme kann nur abgelehnt werden, wenn Zweifel an der Erfüllung dieser Aufnahmekriterien bestehen.

Dieses Jahr sei ein Aufnahmeantrag gestellt worden. Er sei fristgerecht eingegangen. Der Vorstand habe die Erfüllung der Aufnahmekriterien im Vorfeld geprüft. Ein Beitritt kann befürwortet werden.

Der vorliegende Antrag des Vereins Blaues Kreuz München wurde mit der 2. Einladung zur Vollversammlung formell zugestellt und liegt zusätzlich als Tischvorlage aus.

Herr Hausmanninger begrüßt Herrn Dr. Zöckler, der den Verein auf dieser Vollversammlung vertritt, und dessen Kolleg*innen. Er freue sich, dass man den Verein durch den 3. Aktionsplan zur Mitarbeit im Behindertenbeirat ermutigen konnte.

Herr Dr. Zöckler erhält das Wort, um seine Organisation vorzustellen.

Er dankt allen Verantwortlichen aus dem Behindertenbeirat, der Geschäftsstelle und allen anderen, die die Organisation begleitet haben. Er möchte nicht als Dr. Zöckler, sondern Markus Zöckler angesprochen werden. Zwei Vorstandsmitglieder des Blauen Kreuzes begleiten ihn. Sie seien es gewesen, die innerhalb des Vereins darauf hingearbeitet hätten, dass der Antrag gestellt werden konnte.

Aus dem Antrag wolle er ein paar Punkte herausgreifen, die für die Aufnahme in den Behindertenbeirat sprächen. Die Mitglieder des Vereins hätten fast alle eine Suchterkrankung. Sie kämpften mit Problemen durch Alkohol, illegalen Drogen, Kanabis- und

Medikamentenabhängigkeit oder Glücksspielsucht. Daneben hätten viele weitere psychische Einschränkungen wie Depressionen. Die Angehörigen dieser Personen, die ebenfalls betroffen seien, seien ebenfalls im Verein vertreten.

Sie alle hätten einen schweren Weg in ein freies Leben ohne die Belastung durch die Sucht geschafft. Dieser Weg beginne meist mit der Einsicht, dass ein Suchtproblem vorliege, und der Bereitschaft, fremde Hilfe anzunehmen. Es sei schwer, sich für eine Therapie zu entscheiden. Man müsse dem Suchtmittel und dem schädigenden Verhalten aus dem Weg gehen. Trotz aller Versuchungen müsse man sich mit Achtsamkeit vor Rückfällen in ein süchtiges Verhalten bewahren.

Am Infotisch der Vollversammlung liege die vierteljährliche Broschüre Blaupause des Vereins aus sowie der Flyer mit den über 60 Selbsthilfegruppen, die in München angeboten werden.

Zwei wichtige Impulse hätten zur Stellung des Aufnahmeantrags geführt: Der erste wichtige Eckpfeiler sei eine Tagung vor zwei Jahren im Isar-Amper-Klinikum in Haar gewesen, die sich mit dem Thema Ausgrenzung von Menschen mit seelischen und Suchterkrankungen befasste. Der zweite Impuls war die Beteiligung an der Umsetzung des 3. Aktionsplans.

Die Tagung habe bestätigt, dass die Probleme von Menschen mit Suchterkrankungen dadurch verstärkt und mit verursacht würden, weil diese Personen und ihre Angehörigen ausgegrenzt und herabgewürdigt werden. Die Probleme werden als selbstverschuldet angesehen. Dieses negative Bild von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Suchterkrankungen macht es betroffenen Menschen besonders schwer, sich ihre Probleme einzugestehen und Hilfe zu suchen, weil sie nicht zu der Gruppe der „Versager“ zählen wollen.

Wenn sie es geschafft hätten, ein Leben ohne Sucht zu meistern, bleibe die Angst, dass sie in ihrem Umfeld immer noch als Mensch zweiter Klasse angesehen und behandelt würden.

Nach der Tagung sei dem Blauen Kreuz klargeworden, dass man noch mehr in die Öffentlichkeit gehen müsse, um gegen diese Stigmatisierung anzugehen.

Mitglieder des Vereins wurden als Expert*innen um Input zum 3. Aktionsplan gebeten. Der Behindertenbeirat sei für das Blaue Kreuz damals eine unbekannte Größe gewesen. Schnell habe man gemerkt, dass sich hier engagierte Menschen für Inklusion und gegen Herabwürdigung einsetzen. Man engagiere sich gegen Ausgrenzung und aktiv gegen Stigmatisierung. Durch den Bericht zur Studie SICHTBAR sei deutlich geworden, dass die dort aufgeworfenen Themen zu seelischen und Suchterkrankungen beim Behindertenbeirat nun als neue Themen ankämen. Der Behindertenbeirat bemühe sich, allen Menschen Teilhabe in allen möglichen Lebenslagen zu ermöglichen.

MüPE, APK oder das Münchner Bündnis gegen Depression seien bereits im Beirat aktiv und man arbeite mit diesen Organisationen bereits zusammen.

Im März habe es eine Einführungsveranstaltung zur Vorstellung der praktischen Arbeit im Behindertenbeirat gegeben. Dabei habe man unter anderem festgestellt, dass in den Selbsthilfegruppen taube Menschen Hilfestellung gesucht hätten und man hier Entwicklungsbedarf habe. Das zeige, dass psychische Erkrankung in allen Bereichen der Gesellschaft bestehe. Der Beirat könne unterstützen, umgekehrt könne das Blaue Kreuz den Beirat bereichern. Durch Zusammenhalt könne man weiter zu einer inklusiven Anerkennung aller Menschen in der Gesellschaft kommen.

Er dankt fürs Zuhören und würde sich freuen, im Beirat willkommen geheißen zu werden.

Aus der Runde gibt es Lob für den Einsatz des Vereins. Allerdings fehle das Thema Barrierefreiheit bei den Selbsthilfegruppen.

Die Webseite des Blauen Kreuzes München e.V. wird gerade überarbeitet. Bei den einzelnen Selbsthilfegruppen sollte jeweils dahinter vermerkt sein, ob ein behindertengerechter Zugang bestehe. Man müsse vielleicht deutlicher machen, dass „bf“ auf der Seite für behindertenfreundlicher Zugang stehe.

Frau Leirs erkundigt sich, ob der Verein sich auch mit der Problematik werdender Mütter mit Suchterkrankungen beschäftigt.

Herr Zöckler dankt Frau Leirs für den Hinweis auf das Fetale Alkoholsyndrom. Es kämen jährlich bis zu 4000 Kinder auf die Welt, die darunter litten. Man habe im Blauen Kreuz noch niemanden mit dem Syndrom betreut. Auf dem Schirm sei das Thema und man versuche, bei Alkoholabhängigkeit von Schwangeren darauf hinzuweisen. Schwierig seien Schwangere, die erst spät von ihrer Schwangerschaft erfahren und das Risiko so unbewusst eingingen.

Herr Bialas weist auf Matthias Laub hin. Er habe angeregt, dass nicht nur psychisch Erkrankte sondern auch suchtkranke Personen beim Aktionsplan mitarbeiten. Er erkundigt sich, worin Barrierefreiheit bei suchtkranken Personen bestehe.

Barrieren für Suchtkranke seien, dass ihre Erkrankung verheimlicht werden müsse. Die Öffentlichkeit habe kein Verständnis für das Krankheitsbild. Die Barrieren setzten sich fort. In der Arbeitswelt sei es schwierig. Bei Vorstellungsgesprächen müssten Fragebögen zur Gesundheit ausgefüllt werden, in denen nach Therapien gefragt werde. Man könne nie wissen, wie die Personalabteilung es werte, wenn man wegen einer Suchterkrankung in Therapie war.

Es könne positiv oder negativ aufgenommen werden.

Suchtkranke werden ein Leben lang damit zurecht kommen müssen, dass sie nie wieder zu ihrem Suchtmittel greifen sollten, denn ein Rückfall könne auf eine Abwärtsbahn bis zum Tode führen. Jeder Suchtkranke werde im Umfeld ständig getriggert. Durch die Werbung werde man ständig in Versuchung geführt. Barrieren einzureißen sei keine Sache von heute auf Morgen, aber man werde daran arbeiten.

Der Verein werde sich für den Einsatz der Icons und Piktogrammen zur Barrierefreiheit auf der Homepage an den Beirat wenden.

Herr Hausmanninger dankt Herrn Zöckler für seinen Vortrag.

Es wird per Handzeichen abgestimmt. Gestimmt wird mit Heben der Stimmkarte, wenn die Aufnahme befürwortet wird.

Die Gegenprobe wird durchgeführt. Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Der Verein ist mit einstimmigem Beschluss mit sofortiger Wirkung Mitglied im Behindertenbeirat.

TOP 5: Anträge

Frau Leirs stellt den Antrag des Facharbeitskreises Frauen vor. Dieser wurde der Versammlung vorab zugeleitet.

Die Stadt München solle Zivilcouragekurse in einfacher oder Leichter Sprache mit der Polizei und der Organisation ProFamilia anbieten. Es wurde bereits ein Plan gemacht. Menschen sollten Mut zeigen und helfen, wenn jemand anderes in Not sei.

Die Kurse sollen regelmäßig stattfinden und beworben werden. Das Thema sei wichtig, weil Zivilcourage allen Menschen helfe, damit alle gut und sicher in der Stadt zusammenleben könnten.

Die Stadt biete bereits Kurse in Zusammenarbeit mit der Polizei an. Sie seien für Menschen mit Lernschwierigkeiten aber ungeeignet. Alle Menschen hätten das Recht auf Sicherheit, Teilhabe und Selbstbestimmung.

Die Organisation ProFamilia hat den Kurs in Leichter Sprache vorbereitet. Dazu bittet Frau Leirs Frau Cornelia Baur zu sich, um Fragen zu beantworten.

Es gibt keine Fragen. Daher kann direkt abgestimmt werden.

Der Antrag ist mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen angenommen und wird durch den Facharbeitskreis Frauen weiter bearbeitet.

Herr Göppel stellt einen Initiativ-Antrag für den Facharbeitskreis Freizeit und Bildung. Die Vollversammlung solle sich mit allen Gremien dafür einsetzen, dass der Inklusionsfonds wieder aufgelegt werde.

Mit dem Fonds könnten Gebärdensprachdolmetschende, Assistenzen, Rampen oder Elternbetreuungen finanziert werden. Es seien Maßnahmen, die direkt bei Menschen mit Behinderungen ankämen und dafür sorgten, dass Teilhabe möglich sei. Ohne diese Maßnahmen würden Menschen diskriminiert. Durch die fehlende Finanzierung würden Veranstaltungen im nächsten Jahr nicht mehr umgesetzt oder fänden exklusiv statt.

Herr Stadtrat Lechner erkundigt sich: Ihm sei entgangen, dass dieser Fonds nicht mehr existiere.

Er werde im Koordinierungsbüro verwaltet. Die Auszahlungen der Zuschüsse seien jedoch bis auf Weiteres eingestellt worden.

Herr Müller lobt den Antrag wegen der steigenden Kosten und dem Unverständnis der Politik für Inklusion.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Rückmeldungen zu Anträgen und Beschlüssen der letzten Vollversammlung

Frau Rackwitz erhält das Wort:

Es habe zwei Anträge gegeben. Ein Antrag sei aus dem Vorstand gestellt worden, der andere von Hannes Messerschmid und Herrn Utz.

Der Antrag „Andenken an die Euthanasieopfer stärken“ sei weitergeleitet worden. Er wurde durch das NS-Dokuzentrum und das Kulturreferat bearbeitet. Der Gedenktag ist der 27.01. eines jeden Jahres. Er soll weiterentwickelt werden und zukünftig Gedenkveranstaltungen beinhalten. Laut der Stadt gebe es bereits 12 Erinnerungszeichen. Eine Wanderausstellung gibt es ebenfalls, sie ist entleihbar und hat spezielle Inhalte zum Thema Euthanasie. Bei der nächsten regulären Neuaufstellung des Beirats des Dokuzentrums werde auch der Behindertenbeirat berücksichtigt und eine Vertretung der Opfergruppe der Krankenmorde aufgenommen.

Zur Sammlung der Lebenserfahrungen von Zeitzeug*innen erklärt sie:

Der Antrag sei an die Abteilung Public History im Kulturreferat weitergeleitet worden. Mit der Katholischen Stiftungshochschule werde die Geschichtswerkstatt aufgebaut. Im Wintersemester hätten die Arbeiten mit einer größeren Studentengruppe unter Leitung von Professor Dr. Eberle begonnen. Es würden im ersten Schritt Interviews erarbeitet, die dann mit für die Geschichte der Stadt München prägenden Menschen mit Behinderungen geführt würden. Die enge Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und dem Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK ist auch für die Zukunft gewährleistet.

TOP 6: Vorführung des Kurzfilms „Auf der Tagesordnung“

Frau von Pappenheim dankt Frau Hartmann, Studentin der Filmhochschule München, für die Erstellung des Filmes, der das Projekt barrierefreier S-Bahnhof Laim zeigt. Der Film wurde von Anfang an barrierefrei aufbereitet (Untertitelung, Audio-Deskription).

Frau Hartmann erhält das Wort:

Sie habe den Film mit zwei Kommilitonen erstellt. Er mache deutlich, wie schwer es sei, Dinge voranzubringen.

Der Film entstand unter großer Beteiligung des Facharbeitskreises Mobilität. Sie dankt Frau Neumann-Latour, Herrn Fieger-Kritter und Herrn Claus, insbesondere für die Hilfe bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Interviews.

Frau Hartmann erklärt, dass sie Projekte suche, die sich mit demokratischer Teilhabe befassen, die man für filmische Dokumentationen gerne an sie herantragen dürfe.

Der Film wird gezeigt.

Frau von Pappenheim dankt den Beteiligten. Das Gesehene macht sie sprachlos.

Aus der Runde kommt der Wunsch, den Film in der Bürgerversammlung Laim zu zeigen. Das war laut Frau Hartmann geplant, aber sei bisher nicht möglich gewesen.

Frau Neumann-Latour dankt den Filmhochschüler*innen. Es sei schön gewesen, dass der Film vor hunderten Menschen gezeigt worden sei, die mit dem Thema Behinderungen nichts zu tun hätten.

Frau Leirs regt an, den Film über Münchens Grenzen hinaus zu teilen und ihn auf Filmfestivals zu zeigen. Es gehe nicht nur um einen fehlenden Aufzug, sondern der Film zeige den Alltag von Menschen mit Behinderungen überall.

Aus der Runde wird der Vergleich mit dem Umbau des Bahnhofs Unterschleißheim gezogen, wo Barrierefreiheit zwar mit Zeitaufwand, aber effektiv hergestellt worden sei.

Es wird überlegt, ob der Film im BR gezeigt werden könnte. Frau Hartmann freut sich über die positive Resonanz, erklärt aber, dass man Glück brauche, um einen Film an den BR zu verkaufen.

Herr Grassl regt an, den Film der BR-Redaktion von Quer ans Herz zu legen.

Herr Bialas regt einen Langfilm über nicht sichtbare Behinderungen an.

Frau Hartmann wird mit Frau von Pappenheim besprechen, ob der Film auf den Social-Media-Kanälen des Beirats geteilt werden kann, da das mit der Hochschule geklärt werden muss.

TOP 7: Ausblick 2026 und Verabschiedung

Frau von Pappenheim übernimmt die Moderation dieses Tagesordnungspunktes. Bevor sie auf kommende Projekte und Planungen eingehen wird, möchte sie wissen, ob es eventuell Rückmeldungen aus der Runde gibt.

Herr Wechsler merkt an, dass an guten Neuerungen festgehalten werden sollte, da es ärgerlich sei, wenn man immer wieder von vorne beginnen müsse.

Herr Sitki dankt für die Einladung des Bündnis Gemeinsam gegen Rechts, denn er wisse nicht, wie er mit der Aussage zum Stadtbild umgehen solle, die eine eigentlich demokratische Partei getroffen habe.

Frau Stadträtin Langmeier erbittet mehr Details zu den 12 Erinnerungszeichen für die Euthanasieopfer. Es sei erschreckend, dass die Community hierüber so wenig wisse. Hierzu wird man recherchieren und die Ergebnisse dem Protokoll anhängen.

Ausblick auf 2026:

Frau von Pappenheim greift die wichtigsten Themen und Aktionen für das neue Jahr auf. Die Kommunalwahlen seien ein ganz besonders wichtiges Thema. Davor gebe es den Selbsterfahrungstag für die Spitzenkandidat*innen der Kommunalpolitik. Er werde am 06.02. stattfinden.

Zum Disability Pride Month im Juli seien verschiedene Aktionen geplant, unter anderem wieder eine Demonstration. Durch die Homepage werde man informiert. Man werde auch auf einzelne Mitglieder zugehen, um um Mitarbeit bei Aktionen zu bitten.

In der Beschlussvorlage des Sozialreferats zur Aufgabenkritik aufgrund der aktuellen Haushaltslage gab es auch eine Anpassung der Satzung des Behindertenbeirats. Die Anzahl der stimmberechtigten Stadträt*innen im Behindertenbeirat werde von 10 auf 5 reduziert. Frau Rackwitz ergänzt dazu: Die Stimmberechtigung der Stadträt*innen im Behindertenbeirat werde nach Parteienproporz berechnet. Mit Blick auf die Kommunalwahlen und eventuell schwierigere Konstellationen bei neuen Koalitionen sei das Verfahren und die Anzahl geändert worden.

Herrn Stadtrat Lechner ist das nicht bekannt. Es gebe Diskussionen, aber es sei seines Wissens nach nicht entschieden. Bei Antritt des neuen Stadtrats gibt sich dieser eine Geschäftsordnung. Daher wäre es nicht logisch, das jetzt festzulegen. Er würde sich dafür einsetzen, die bisherige Anzahl der Stimmberechtigten beizubehalten. Es gehe nicht vornehmlich darum, dass man als Stadtrat im Beirat ein Stimmrecht habe. Vielmehr ginge es um eine breite politische Beteiligung auch kleinerer Parteien oder Fraktionen, weil man sich so kennenlerne und Probleme mitbekomme.

Frau Stadträtin Holtmann fügt hinzu: Es sei im Zusammenhang zum Thema Verwaltungsvereinfachung und Abschaffung bestimmter Gremien und Einsparungen diskutiert worden.

Frau von Pappenheim fährt fort: Der Beirat sei eine Gemeinschaft, die nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wirke. Nur dann sei sie stark. Dann könnten die Belange und Interessen nach außen vertreten werden, wenn man geeint sei. Sie dankt den Stadträt*innen für ihre tatkräftige Unterstützung. Auch dankt sie der Geschäftsstelle und den hauptamtlichen Mitarbeitenden für die hervorragende Organisation der Vollversammlung.

Im nächsten Jahr werde es leider eine Veränderung für die Vollversammlung geben. Neben anderen Punkten seien die Barrierefreiheit und engen Platzverhältnisse im Rathaus schwierig geworden. Außerdem stünden große Renovierungen an, so dass man schweren Herzens die Vollversammlung ab nächstem Jahr in einer anderen barrierefreien Umgebung durchführen werde. Sie bedauert das sehr, weil das Rathaus ein schönes und würdiges Gebäude sei.

Frau von Pappenheim schließt die Sitzung und lädt zum Imbiss und Netzwerken ein.

Für die Versammlungsleitung:

Für das Protokoll:

Nadja Rackwitz

Beate Brückner